

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b> .....	23
-------------------------	----

## *1. Kapitel*

<b>Die historische Entwicklung des § 108e StGB</b> .....	26
--	----

<b>A. Die Entwicklung bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs</b> .....	26
---	----

I. Vom Partikularrecht zum Einheitsstrafrecht .....	27
1. Verfassungsrechtlicher Ausgangspunkt .....	27
2. Das Criminalgesetzbuch für das Königreich Sachsen von 1838 .....	30
3. Das Strafgesetzbuch des Großherzogtums Hessen von 1841 .....	31
4. Das Strafgesetzbuch der Thüringischen Staaten von 1850 .....	32
5. Der Stimmkauf im Strafgesetzbuch Preußens von 1851 und im Reichsstrafgesetzbuch von 1871 .....	33
6. Zum Vergleich: Die Strafvorschriften zur Amtsträgerkorruption im Partikularstrafrecht .....	39
7. Zwischenergebnis .....	40
II. Die Reformvorschläge im Kaiserreich und der Weimarer Republik .....	43
1. Die Reformvorschläge im Kaiserreich .....	43
2. Die Reformvorschläge der Weimarer Republik .....	44
3. Zum Vergleich: Die Strafvorschriften zur Amtsträgerkorruption in den Entwürfen des Kaiserreichs und der Weimarer Republik .....	48
4. Zwischenergebnis .....	48
III. Die strafrechtliche Entwicklung im Dritten Reich .....	50
1. Die Stellung der Abgeordneten im Dritten Reich und § 109 RStGB .....	50
2. Die Reformen und Reformvorhaben im Dritten Reich .....	51
3. Zum Vergleich: Die Strafvorschriften zur Amtsträgerkorruption in den Entwürfen zur Zeit des Dritten Reichs .....	55
4. Zwischenergebnis .....	55

<b>B. Die Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) bis zur Deutschen Einheit</b> .....	57
--	----

I. Die Stellung der Abgeordneten in der DDR .....	57
II. Die Rechtslage vor Schaffung des neuen Strafgesetzbuchs der DDR .....	59
III. Die Mandatsträgerkorruption im Strafgesetzbuch der DDR .....	60

IV. Zwischenergebnis .....	62
<b>C. Die Entwicklung in der BRD bis zur Deutschen Einheit .....</b>	<b>63</b>
I. Die Stellung der Abgeordneten .....	63
1. Das Grundgesetz .....	63
2. Die Landesverfassungen .....	64
II. Die Entwicklung der Abgeordnetenbestechung von Gründung der BRD bis zum Einigungsvertrag .....	64
1. Erweiterte Straffreiheit trotz Reformdiskussionen .....	64
2. Die Reformentwicklung vom 3. Strafänderungsgesetz 1953 bis zur Einheit ...	66
III. Zum Vergleich: Die Strafvorschriften zur Amtsträgerkorruption bis zur Deutschen Einheit .....	68
IV. Zwischenergebnis .....	68
<b>D. Die Entwicklung von der Deutschen Einheit bis zur Schaffung des § 108e StGB n.F. ....</b>	<b>69</b>
I. Die Rolle der Abgeordneten .....	69
1. Verfassungsrechtliche Änderungen durch die Deutsche Einheit .....	69
2. Die Verfassungen der „neuen Länder“ .....	70
II. Die Schaffung des § 108e StGB a.F. und seine Auslegung .....	71
1. Die Gesetzesentwürfe zur Abgeordnetenbestechung seit der Einheit und die Schaffung des § 108e StGB a.F. ....	71
2. Die Ausbildung als Unternehmensdelikt .....	72
3. Die erfassten Volksvertretungen .....	73
4. Die Gegenleistung beim Stimmenkauf oder -verkauf in § 108e StGB a.F. ....	75
5. Der Stimmenkauf oder -verkauf und das konkrete Gegenleistungsverhältnis ..	77
III. Zwischenergebnis .....	80
<b>E. Der Weg zu § 108e StGB in seiner aktuellen Fassung .....</b>	<b>81</b>
I. Die internationalen Vorgaben zur Reformierung des Tatbestandes des Stimmkaufs in § 108e StGB a.F. ....	81
II. Die nationalen Anstöße zur Reformierung des Tatbestandes des Stimmkaufs ...	84
III. Die Reformvorschläge für eine Neufassung des § 108e StGB a.F. ....	86
IV. Zum Vergleich: Die Entwicklung der Strafvorschriften zur Amtsträgerbestechung bis heute .....	89
<b>F. Fazit zur historischen Entwicklung .....</b>	<b>89</b>

## 2. Kapitel

<b>Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern de lege lata .....</b>	<b>92</b>
<b>A. Das Rechtsgut des § 108e StGB .....</b>	<b>92</b>
I. Rechtsgutsbegriff .....	92

II. Vorgeschlagene Rechtsgutskonzeptionen .....	93
1. Die Funktionsfähigkeit des repräsentativen Systems .....	93
2. Die Integrität (Sachlichkeit/Sachbezogenheit) der Mandatsausübung (insb. der Entscheidungen in Abstimmungen) .....	93
3. Die Willensbildungsfreiheit der Abgeordneten/das freie Mandat .....	94
4. Die Ehre des Parlamentes/des Staates/der Abgeordneten .....	94
5. Die Volkssouveränität und die demokratisch gleiche Beeinflussbarkeit der Legislative .....	94
6. Die Vertrauens- und Interessenrechtsgüter .....	95
III. Auslegung .....	95
1. Wortlautauslegung .....	96
2. Historische Auslegung .....	98
a) Aussagen zum Rechtsgut in den Gesetzgebungsmaterialien .....	98
b) Überlegungen zum Rechtsgut anhand der internationalen Abkommen .....	100
3. Systematische Auslegung .....	102
a) Überlegungen zur Deliktsstruktur .....	102
b) Überlegungen zum vierten Abschnitt des Strafgesetzbuches .....	102
c) Überlegungen zum 14. Abschnitt des Strafgesetzbuches .....	105
d) Überlegungen zum 30. Abschnitt des Strafgesetzbuches, insbesondere §§ 331–338 StGB .....	106
e) Überlegungen zum öffentlichen Recht, insbesondere zum Verfassungsrecht .....	107
aa) Allgemein zum Demokratieprinzip .....	107
bb) Die Funktionsfähigkeit des repräsentativen Systems (das repräsentative System in formaler Hinsicht) .....	108
cc) Die Mandatsausübung .....	110
dd) Die Volkssouveränität .....	114
ee) Das demokratische Teilhaberecht .....	115
ff) Die Interessenrechtsgüter .....	117
gg) Die Vertrauensrechtsgüter .....	118
4. Teleologische Auslegung .....	123
IV. Fazit zum Rechtsgut .....	123
<b>B. Der Tatbestand des § 108e StGB .....</b>	<b>124</b>
I. Tatsubjekt .....	124
1. Auf Nehmerseite, Abs. 1 .....	124
a) Mitglied einer Volksvertretung des Bundes .....	124
aa) Volksvertretungen des Bundes .....	124
bb) Mitglieder des Bundestages .....	127
b) Mitglied einer Volksvertretung der Länder .....	128
aa) Volksvertretungen der Länder .....	129
bb) Mitglieder dieser Volksvertretungen .....	129

c) Die sonstigen erfassten Gremien, Abs. 3 .....	130
aa) Mitglied einer Volksvertretung einer kommunalen Gebietskörperschaft, Abs. 3 Nr. 1 .....	130
(1) Kommunale Gebietskörperschaft .....	130
(2) Volksvertretungen der kommunalen Gebietskörperschaften .....	132
bb) Mitglied eines in unmittelbarer und allgemeiner Wahl gewählten Gre- miums einer für ein Teilgebiet eines Landes oder einer kommunalen Gebietskörperschaft gebildeten Verwaltungseinheit, Abs. 3 Nr. 2 .....	135
cc) Mitglied der Bundesversammlung, Abs. 3 Nr. 3 .....	138
dd) Mitglied des Europäischen Parlaments, Abs. 3 Nr. 4 .....	138
ee) Mitglied einer parlamentarischen Versammlung einer internationalen Organisation, Abs. 3 Nr. 5 .....	139
ff) Mitglied eines Gesetzgebungsorgans eines ausländischen Staates, Abs. 3 Nr. 6 .....	143
2. Auf Geberseite, Abs. 2 .....	146
3. Anwendbarkeit des deutschen Strafrechts .....	146
4. Bedeutung der Ergebnisse für die Frage nach dem geschützten Rechtsgut ....	148
II. Tathandlungen des § 108e Abs. 1 und 2 StGB .....	150
1. Tathandlungen als Erklärungen .....	150
2. Objektiver Erklärungswert .....	151
a) Vorteil für sich oder einen Dritten .....	151
aa) Fallbeispiel .....	151
bb) Allgemeines zum Vorteilsbegriff .....	152
cc) Materielle Vorteile .....	153
(1) Allgemein .....	153
(2) Posten in der Volksvertretung oder aussichtsreiche Plätze auf Wahllisten .....	154
(3) Leistungen, auf die der Mandatsträger einen Anspruch hat, insbe- sondere aus Verträgen .....	156
(4) Geringwertige Zuwendungen .....	164
(5) Beibehaltung des Status quo .....	165
(6) Sexuelle Handlungen .....	169
(7) Einladung zur Jagd .....	172
dd) Immaterielle Vorteile .....	173
(1) Allgemeines .....	173
(2) Objektive Besserstellung durch die immaterielle Zuwendung .....	174
(3) Immaterielle Vorteile im politischen Bereich .....	179
(4) Karrierechancen und sonstige Reputationssteigerungen .....	181
(5) Erneut: Sexuelle Handlungen .....	182
(6) Erneut: Leistungen, auf die der Mandatsträger einen Anspruch hat, insbesondere aus Verträgen .....	182

ee) Drittvorteile .....	183
(1) Allgemein .....	183
(2) Begrenzung auf Privatpersonen oder egoistisches (eigennütziges) Handeln .....	183
ff) Der Vorteil als bloßer objektiver Erklärungswert beim Fordern, Anbie- ten, Versprechen und Sichversprechenlassen .....	184
gg) Ungerechtfertigt als ein den gesamten objektiven Erklärungswert be- wertendes Merkmal .....	186
b) Gegenleistungsverhältnis .....	186
aa) Vornahme oder Unterlassen einer Handlung bei Wahrnehmung des Mandates .....	187
(1) Typische Fälle von erfassten Handlungen .....	187
(2) Erforderliche Konkretisierung der vorzunehmenden oder zu unter- lassenden Handlung .....	189
(3) Abgrenzung der Handlung bei Wahrnehmung des Mandates von Privathandlungen .....	190
(4) Wahrnehmung des Mandats bei Handlungen innerhalb von Partei- gremien .....	193
(5) Keine Wahrnehmung des Mandates beim bloßen Ausnutzen der Mandatsinhaberschaft .....	195
(6) Wahrnehmung eines künftig zu erlangenden Mandates .....	200
(a) Rückblick: Personen, die sich erstmalig um ein Mandat bewer- ben (bloße Mandatsbewerber) .....	200
(b) Mandatsträger, der sich um das gleiche Mandat erneut bewirbt	201
(c) Mandatsträger, der sich um ein anderes Mandat bewirbt .....	204
(7) Wahrnehmung des Mandates bei Inhabern mehrerer Mandate .....	205
(8) Abgrenzung der Wahrnehmung des Mandates von der Wahrneh- mung eines Amtes .....	206
(a) Kommunale Mandatsträger .....	206
(b) Bundes- und Landtagspräsidenten .....	209
(c) Mitglieder der Bundes- und Landesregierungen .....	210
bb) Im Auftrag oder auf Weisung .....	210
cc) Als Gegenleistung .....	217
(1) Keine Unrechtsvereinbarung .....	217
(2) Erfordernis einer engen Kausalbeziehung .....	219
c) Ungerechtfertigt .....	222
aa) Keine Positivdefinition des Merkmals „ungerechtfertigt“ .....	222
bb) Geschriebene Ausnahmen nach Abs. 4 .....	225
(1) Ein politisches Mandat oder eine politische Funktion .....	225
(a) Das politische Mandat .....	225
(b) Die politische Funktion .....	226
(c) Keine Beschränkung auf innerparteiliche Vorgänge .....	228

(2) Eine nach dem Parteiengesetz oder entsprechenden Gesetzen zulässige Spende	228
(a) Begriff der Spende	228
(b) Nach dem Parteiengesetz zulässig	229
(c) Entsprechende Gesetze	232
(3) Vorteil, dessen Annahme im Einklang mit den für die Rechtsstellung des Mitglieds maßgeblichen Vorschriften steht	234
(a) Allgemein	234
(b) Mitglieder einer Volksvertretung des Bundes (Abs. 1 Var. 1, Abs. 2 Var. 1)	237
(c) Mitglieder einer Volksvertretung der Länder (Abs. 1 Var. 2, Abs. 2 Var. 2)	241
(d) Mitglieder einer Volksvertretung einer kommunalen Gebietskörperschaft (Abs. 3 Nr. 1) und eines Gremiums gemäß Abs. 3 Nr. 2	242
(e) Mitglieder der Bundesversammlung (Abs. 3 Nr. 3)	243
(f) Mitglieder des Europäischen Parlaments (Abs. 3 Nr. 4)	244
(g) Mitglieder einer parlamentarischen Versammlung einer internationalen Organisation (Abs. 3 Nr. 5)	245
(h) Mitglieder eines Gesetzgebungsorgans eines ausländischen Staates (Abs. 3 Nr. 6)	245
cc) Ungeschriebene Ausnahmen	246
(1) Gepflogenheiten eines Gremiums	246
(2) Sozialadäquanz	249
(a) Zur Sozialadäquanz allgemein und speziell im Rahmen der Amtsträgerkorruption	250
(b) Bedeutung der Sozialadäquanz im Rahmen des ungerechtfertigten Vorteils bei der Mandatsträgerkorruption	252
dd) Keine abweichende Wertung für die Erklärungsform des Forderns	257
ee) Anwendung des Abs. 4 S. 1 und 2 auch bei Bestehen eines Gegenleistungsverhältnisses	258
ff) Hinreichende Bestimmtheit des Merkmals „ungerechtfertigt“	259
3. Erklärungsform: Fordern, Sichversprechenlassen oder Annehmen sowie Anbieten, Versprechen oder Gewähren	262
a) Allgemeines	262
b) Fordern und Anbieten eines Vorteils	263
aa) Fordern eines Vorteils	263
(1) Allgemeines	263
(2) Vollendung des Forderns	264
bb) Anbieten eines Vorteils	267

c) Sichversprechenlassen und Versprechen eines Vorteils .....	268
aa) Sichversprechenlassen eines Vorteils .....	268
(1) Allgemeines .....	268
(2) Erfordernis der Willensübereinstimmung .....	269
bb) Versprechen eines Vorteils .....	272
(1) Allgemeines .....	272
(2) Versprechen als „Erstkontakt“ .....	273
d) Annehmen und Gewähren eines Vorteils .....	276
aa) Annehmen eines Vorteils .....	276
(1) Allgemeines .....	276
(2) Annahme von Dritt Vorteilen durch den Dritten .....	278
(3) Annahme gutgläubig erhaltener Vorteile .....	281
bb) Gewähren eines Vorteils .....	283
cc) Existenz des Vorteils .....	284
III. Subjektiver Tatbestand .....	285
1. Vorsatz .....	285
2. Irrtümer .....	287
a) Allgemeines .....	287
b) Mitglied eines von § 108e StGB erfassten Gremiums .....	288
c) Gegenleistungsverhältnis .....	289
d) Ungerechtfertigt .....	290
e) Erklärungsformen .....	291
<b>C. Rechtswidrigkeit und Schuld .....</b>	<b>293</b>
<b>D. Unterlassen .....</b>	<b>295</b>
<b>E. Versuch .....</b>	<b>295</b>
<b>F. Täterschaft und Teilnahme .....</b>	<b>298</b>
<b>G. Rechtsfolgen .....</b>	<b>301</b>
<b>H. Konkurrenzen .....</b>	<b>302</b>
<b>I. Verfahrensrecht .....</b>	<b>303</b>
<b>J. Würdigung des § 108e StGB insbesondere im Hinblick auf die Einordnung als     abstraktes Gefährdungsdelikt .....</b>	<b>303</b>

### 3. Kapitel

<b>Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern de lege ferenda</b> .....	<b>305</b>
<b>A. Leitkriterien für diesen Teil .....</b>	<b>305</b>

<b>B. Anpassungen des § 108e StGB</b>	306
I. Änderungen beim Tatsubjekt	306
1. Beibehalten der erfassten Gremien	306
2. Keine Aufnahme der Mandatsbewerber	306
3. Aufnahme bereits gewählter Mitglieder vor dem erstmaligen Zusammentreten des Gremiums	308
II. Änderungen bei der Tathandlung	309
1. Objektiver Erklärungswert	309
a) Beibehaltung des Merkmals „Vorteil“ in seiner aktuellen Form	309
b) Änderungsvorschläge betreffend das Gegenleistungsverhältnis	310
aa) Handlung bei Wahrnehmung des Mandates	310
(1) Beibehaltung des erweiterten Kreises der erfassten Handlungen im Vergleich zu § 108e StGB a.F.	310
(2) Keine Ausweitung auf bereits vorgenommene oder unterlassene Handlungen bei Wahrnehmung des Mandates	310
(3) Keine Ausweitung auf Mandatsausübung anstelle konkreter Handlung	312
(4) Keine Ausweitung auf Handlungen außerhalb der Wahrnehmung des Mandates	314
bb) Beibehalten des Merkmals „im Auftrag oder auf Weisung“	314
cc) Als Gegenleistung	315
c) Änderungsvorschläge betreffend das Merkmal „ungerechtfertigt“	315
aa) Beibehalten des Merkmals „ungerechtfertigt“	315
bb) Änderungen der Ausnahmen nach Abs. 4	316
(1) Anpassungen der geschriebenen Ausnahmen	316
(a) Beibehaltung der geschriebenen Ausnahmen, die bereits erfasst sind	316
(b) Aufnahme von weiteren Ausnahmen in Abs. 4	317
(2) Entfallen der ungeschriebenen Ausnahmen	318
2. Beibehalten und Erweitern der Erklärungsformen	319
III. Kein besonderes Vorsatzerfordernis	321
IV. Keine Genehmigung	321
V. Senkung und Differenzierung des Strafmaßes	322
VI. Zusammenfassung der Änderungen des § 108e StGB	324
<b>C. Anpassung im Verfahrensrecht</b>	325
<b>D. Flankierende Normen</b>	328
I. Kein Tatbestand für Mitglieder in Mischgremien	328
II. Kein Qualifikationstatbestand für den „Stimmenkauf“	330
III. Kein Tatbestand für gelockerte Gegenleistungsverhältnisse	330

IV. Kein Tatbestand für Verhalten außerhalb der Mandatswahrnehmung („Einflusshandel“) – Darstellung und Würdigung der unzulässigen Interessenwahrnehmung von Mandatsträgern nach § 108f StGB .....	332
1. Das Rechtsgut des § 108f StGB .....	332
2. Der Tatbestand des § 108f StGB .....	335
a) Tatsubjekt .....	335
aa) Auf Nehmerseite, Abs. 1 .....	335
bb) Auf Geberseite, Abs. 2 .....	336
b) Tathandlungen des § 108f Abs. 1 und Abs. 2 StGB .....	336
aa) Objektiver Erklärungswert .....	336
(1) Vermögensvorteil für sich oder einen Dritten .....	336
(2) Gegenleistungsverhältnis .....	337
(a) Vornahme oder Unterlassen einer Handlung während des Mandates .....	338
(b) Zur Wahrnehmung von Interessen des Vorteilsgebers oder eines Dritten .....	339
(c) Als Gegenleistung .....	340
(3) Ungerechtfertigt .....	341
(4) Verletzung der maßgeblichen Vorschriften .....	341
bb) Erklärungsform: Fordern, Sichversprechenlassen oder Annehmen bzw. Anbieten, Versprechen oder Gewähren .....	343
3. Subjektiver Tatbestand .....	343
4. Täterschaft und Teilnahme .....	343
5. Rechtsfolgen .....	344
6. Verfahrensrecht .....	344
7. Würdigung des § 108f StGB .....	344
a) Würdigung im Hinblick auf die Umsetzung des gesetzgeberischen Anliegens .....	344
b) Würdigung der einzelnen Tatbestandsmerkmale .....	346
aa) Tatsubjekt .....	346
bb) Tathandlungen .....	349
(1) Objektiver Erklärungswert .....	349
(2) Erklärungsform .....	354
c) Würdigung im Hinblick auf die Rechtsfolgen .....	354
d) Würdigung im Hinblick auf die Überschrift und die Verortung im vierten Abschnitt .....	354
e) Zwischenergebnis: Reformvorschlag für § 108f StGB .....	355
f) Würdigung der Norm im Hinblick auf die Erforderlichkeit der Schaffung eines Straftatbestandes .....	356
g) Würdigung im Hinblick auf das Verfahrensrecht .....	359
V. Kein Tatbestand der unerlaubten Bereicherung („Illicit Enrichment“) .....	360

VI. Kein Tatbestand des Mandatsmissbrauchs .....	360
<b>E. Beibehalten der Verortung im vierten Abschnitt des StGB .....</b>	<b>361</b>
<b>Zusammenfassung .....</b>	<b>363</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>372</b>
<b>Chronologisches Normenverzeichnis .....</b>	<b>396</b>
<b>Sachwortverzeichnis .....</b>	<b>453</b>

## Einleitung

Bereits kurz nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland kam es nach der knappen Abstimmung über die Hauptstadtfrage zu Gerüchten, es sei zu Vorteils-gewährungen an Abgeordnete gekommen, um die Abstimmung zu beeinflussen.<sup>1</sup> Gut zwanzig Jahre später sorgte ein FDP-Abgeordneter für Aufsehen, indem er öffentlich machte, aus den Reihen der CSU das Angebot erhalten zu haben, für den Wechsel in ihre Fraktion einen „sicheren“ Platz auf der Landesliste und Berater-verträge im Wert von 400.000 DM gewährt zu bekommen.<sup>2</sup> Wenige Jahre später sollen aus SPD-Kreisen Stimmen beim Misstrauensvotum gegen den Kanzler Willy Brandt gekauft worden sein, was das Misstrauensvotum scheitern ließ.<sup>3</sup> In jüngerer Zeit sind mögliche Einflussnahmen Aserbaidshans auf deutsche Mitglieder der parlamentarischen Versammlung des Europarates (sogenannte Kaviar-Diplomatie),<sup>4</sup> das Werben eines Bundestagsabgeordneten für ein Finanzunternehmen (sogenannte Augustus-Intelligence-Affäre)<sup>5</sup> und die sogenannten Masken-Deals<sup>6</sup> als potentiell korrupte Vorgänge in und aus Volksvertretungen bekannt geworden.

Mit der medialen Empörung über derlei Vorgänge gingen im Bundestag immer wieder Reformbestrebungen bezogen auf die sogenannte Abgeordnetenbestechung einher. Nach Reformen im Jahr 1994, 2014 und 2021 wurde auch im Jahr 2024 wieder eine Gesetzesänderung vorgenommen.

---

<sup>1</sup> Im Detail zur „Hauptstadt-Affäre“ *Perthen*, S. 78–90 und *Darge*, S. 51–53.

<sup>2</sup> Im Detail zur „Affäre Geldner“ siehe DER SPIEGEL 47/1970 („Gauner und Ganoven“). Siehe auch *von Schenckendorff*, S. 50 sowie *Darge*, S. 53.

<sup>3</sup> Siehe *Darge*, S. 54 f.; *von Schenckendorff*, S. 51.

<sup>4</sup> Siehe im Überblick Wikipedia, Stichwort: Aserbaidshchan-Affäre, <https://de.wikipedia.org/wiki/Aserbaidshchan-Affäre>: Mitglieder der parlamentarischen Versammlung des Europarates waren kostenlos nach Aserbaidshchan eingeladen worden und bekamen zahlreiche Gastgeschenke. Einzelne Mitglieder setzten sich in der parlamentarischen Versammlung für die Interessen Aserbaidshchans ein und wurden auch als Wahlbeobachter in Aserbaidshchan tätig. Sie erhielten mehrere Zahlungen im fünfstelligen Bereich.

<sup>5</sup> Nachgezeichnet bei Abgeordneten-Watch, <https://www.abgeordnetenwatch.de/recherchen/lobbyismus/wie-philipp-amthor-zum-tueroeffner-fuer-augustus-intelligence-wurde>: Ein Bundestagsabgeordneter hatte sich an den Bundeswirtschaftsminister gewandt und für ein US-amerikanisches Unternehmen geworben. Er erhielt Aktienoptionen des Unternehmens im Wert von rund 250.000 \$.

<sup>6</sup> BGH 5.7.2022 – StB 7/22–9/22, BGHSt 67, 107 = NJW 2022, 2856: Abgeordnete waren als Vermittler für Maskenkäufe aufgetreten und erhielten für den Abschluss von Verträgen mit Ministerien mehrfach Provisionen im sechsstelligen Bereich. Im Detail siehe noch 2. Kapitel B.II.2. b)aa)(5), S. 195 f.

Diese Entwicklungen will diese Arbeit ebenso beleuchten wie die Frage, ob § 108e StGB in seiner aktuellen Form ein Gesetz darstellt, das die Korruption von Mandatsträgern hinreichend unter Strafe stellt. Immerhin ist die rechtstatsächliche Bedeutung der diskutierten Norm im Vergleich zur sonstigen Korruptionskriminalität äußerst gering.<sup>7</sup> Sie ist auch nach der Reform im Jahr 2014 nur geringfügig gestiegen: Von den seit 1994 registrierten 216 Fällen entfallen 92 Fälle auf die Zeit vor 2014 und 124 Fälle auf die Zeit nach 2014 (wobei auch nach 2014 noch Ermittlungen nach alter Rechtslage erfolgten).<sup>8</sup>

Die im Bereich der Korruptionsbekämpfung aktive Nichtregierungsorganisation Transparency International (TI) versteht unter Korruption den „Missbrauch anvertrauter Macht zum privaten Nutzen oder Vorteil.“<sup>9</sup> Eine ähnliche Definition versteht Korruption als regelwidrigen Austausch von Vorteilen.<sup>10</sup> Damit sind zwei bedeutende Kennzeichen von Korruption beschrieben, nämlich einerseits das (jedenfalls angestrebte) Austauschverhältnis (Korruption als Beziehungstat) und andererseits eine moralische, sozial-ethische Dimension, die die (vielleicht aber nicht zwingend verrechtlichte) Regelwidrigkeit dieses Austausches verdeutlicht.<sup>11</sup>

Der Korruptionsbegriff zeigt sich als ein dehnbarer Begriff, den das Strafrecht nur fragmentarisch erfasst.<sup>12</sup> Das Korruptionsstrafrecht wird hier daher im engeren Sinne und positivrechtlich als das verstanden, was das Strafrecht an Bestechlichkeit und Bestechung sowie Vorteilsannahme und -gewährung, erfasst.<sup>13</sup>

Im Rahmen der strafrechtlichen Betrachtung von Korruption werden Bestechlichkeit und Bestechung von der Vorteilsannahme und Vorteilsgabe unterschieden. Während Vorteilsannahme und -gewährung allein eine Handlung bei der Ausübung der besonderen Machtstellung (z.B. des Amtes) als Gegenleistung voraussetzen, erfassen Bestechlichkeit und Bestechung solche Gegenleistungen, die gegen die Pflichtenstellung des Inhabers der Machtstellung verstoßen.<sup>14</sup>

Wie § 108e StGB in seiner heutigen Form entstanden ist (1. Kapitel), welches Rechtsgut von § 108e StGB geschützt wird (2. Kapitel A.), welches Verhalten erfasst wird und wie sich dies in das beschriebene Regelungssystem des Korruptionsstrafrechts einpasst (2. Kapitel B.), welche weiteren Voraussetzungen und Re-

---

<sup>7</sup> Beispielhaft anhand der Zahlen der Ermittlungsverfahren zu § 108e StGB in den jährlich erscheinenden Bundeslagebildern Korruption (wobei keine Zahlen für das Berichtsjahr 2005 zur Verfügung stehen): Im Zeitraum von 1994–2023 wurden für § 108e StGB 216 Fälle ermittelt. Die Amtsträgerkorruptionsdelikte (§§ 331–334 StGB) verzeichnen für diesen Zeitraum 60.064 ermittelte Fälle.

<sup>8</sup> Zahlen berechnet nach Bundeslagebild Korruption Berichtsjahre 1994–2023.

<sup>9</sup> So auf der Webseite von TI: <https://www.transparency.de/ueber-uns/was-ist-korruption>.

<sup>10</sup> Volk, GS-Zipf (1999), 419 (421).

<sup>11</sup> Volk, GS-Zipf (1999), 419 (421 f.).

<sup>12</sup> Siehe auch von Schenckendorff, S. 37.

<sup>13</sup> Vgl. Walther, JURA 2010, 511 (512).

<sup>14</sup> Walther, JURA 2010, 511 (513).

gelungen zu beachten sind (2. Kapitel C.–I.), welche Reichweite die Norm als abstraktes Gefährdungsdelikt hat (2. Kapitel J.) sowie welche Änderungen kriminalpolitisch sinnvoll wären (3. Kapitel), wird in dieser Arbeit dargestellt, wobei auch der neu geschaffene § 108f StGB Untersuchungsgegenstand ist (3. Kapitel D. IV.).<sup>15</sup> Am Ende steht eine Zusammenfassung der dabei gefundenen Ergebnisse.

---

<sup>15</sup> Der Aufbau dieser Arbeit bewegt sich dabei im Rahmen des Üblichen; ähnliche Aufbauvarianten finden sich beispielsweise bei *A. K. Busch, Eckhardt, K. Peters*.